

Søren Nielsen-Man: *Kurs mod demokrati? Kommunismens demokratigrundlag og DKP's demokratiopfattelse 1919–1947*. København: Selskabet til Forskning i Arbejderbevægelsens Historie 2008 (= SFAHs skriftserie; 48), 384 S.

Angesichts einer Vielzahl ungelöster Probleme, aktuell verschärft durch eine weltweite Finanzkrise, wird nach Alternativen zum marktwirtschaftlichen System gesucht. Søren Nielsen-Mans Buch, das auf eine Abschlussarbeit an der Universität in Aarhus zurückgeht, plädiert dafür, die kommunistische Lehre nicht von vornherein aus diesen Überlegungen auszuschließen. Aus dieser Überlegung heraus untersucht er die Grundlagen der kommunistischen Demokratieauffassung in Theorie und Praxis. Sein Buch versteht er als einen Beitrag zur aktuellen Zeitgeschichtsdebatte Dänemarks, in der Kommunismus und Demokratie oft als Gegensätze gesehen werden. Gegen diese „Dämonisierung des Kommunismusbegriffs“ (S. 279) wendet sich Nielsen-Mans Untersuchung der Geschichte der kommunistischen Partei Dänemarks (KPDä) für die Jahre 1919 bis 1947.

Anhand ihrer offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen und Programmklärungen untersucht sie das Demokratieverhalten der dänischen Kommunisten, um das

demokratische Potenzial des Kommunismus darzustellen.

Am Beginn der Untersuchung steht eine Betrachtung zu Inhalt und Wandel des Demokratiebegriffs in der kommunistischen Lehre. Dabei ist sich der Autor sehr wohl bewusst, dass der Kommunismus von Stalin und Co. nur deshalb pervertiert werden konnte, weil die Lehre Elemente enthält, die eben dies auch zulassen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht aber die ökonomische und soziale Dimension der kommunistischen Auslegung. Wenn der Autor den Begriff der Diktatur des Proletariats als historischen Ausdruck von Demokratie beschreibt, übernimmt er die kommunistische Argumentation. So verwundert es nicht, dass er zu dem Schluss kommt, dass demokratisches Denken und Handeln in der kommunistischen Lehre allgemein und bei den dänischen Kommunisten im Besonderen immer eine große Rolle gespielt haben. Seine Darstellung gibt auf diese Frage jedoch keine Antwort.

Wenn Nielsen-Man zum Beispiel das Verhalten der KPDä in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes bzw. während der deutschen Okkupation Dänemarks behandelt, kann er zwar zeigen, dass die dänischen Kommunisten weder prodeutsch noch pronazistisch waren – falls dies in der dänischen Debatte heute notwendig sein sollte –, doch ob hier ein Demokratiepotenzial vorhanden war, kann mit seiner Methode nicht beantwortet werden. Die Sklavensprache der KPDä in ihrer Erklärung zum deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag unterstreicht, dass diese weder prodeutsch noch pronazistisch war, sondern unter „dem Eindruck des Krieges und der Signale von der Komintern“ stand (S. 129). Gleiches gilt für die Erklärungen zur deutschen Besetzung im April 1940, die direkt den Weisungen der Komintern entsprachen. Sie machten nicht Hitler-Deutschland verantwortlich, sondern „die englischen und französischen ‚Kriegsanstifter‘“ (S. 133). Dies änderte sich erst, als die Komintern im Frühsommer 1940 eine stärker antideutsche Haltung einnahm (S. 136). Auch die Tatsache, dass die dänischen Kommunisten die antidemokratischen Inhalte des Nationalsozialismus ablehnten (S. 139), macht sie deshalb nicht zu besseren Demokraten. Einen Wandel bei der KPDä in ihrer Stellung zur Demokratie sieht Nielsen-Man in Verlautbarungen der Partei ab 1943. Doch dies ist in den äußeren Umständen, nämlich dem Wandel der Besatzungspoli-

tik hin zur eigentlichen brutalen Okkupation begründet, die neue Möglichkeiten der Bündnispolitik eröffnete. Dies wird aus Moskau entsprechend gesteuert. Prodemokratische Äusserungen der KPDä-Spitze zum Kriegsende sind also weniger auf nationale dänische Erfahrungen zurückzuführen, sondern eher auf die sowjetische Zielstellung, den Kommunisten Westeuropas gute Ergebnisse in den Nachkriegswahlen zu sichern bzw. den USA keinen Vorwand zu liefern, in Europa zu bleiben. Diesem Ziel blieben zunächst alle Fragen der Demokratie und der Sozialisierung/Verstaatlichung wie auch die Frage von Einheitsparteien untergeordnet.

Dabei beschreibt Nielsen-Man immer korrekt – wenn auch vorwiegend in den Fußnoten –, wie groß die Abhängigkeit der KPDä von Moskau war. Bis 1943 gab die Komintern das Programm für die KPDä vor, und auch danach änderte sich nichts an dem unterwürfigen Verhalten der dänischen Parteiführung. Änderungen in der Haltung zur Demokratiefrage sind auf entsprechende Änderungen der sowjetischen Außenpolitik zurückzuführen. Diese Abhängigkeit stellt der Autor nicht in Frage. In den Anmerkungen verweist er selbst darauf, dass die Partei ihr erstes eigenes Programm erst 1952 verabschiedete, also erst nach der hier betrachteten Periode (S. 323, Anm. 221 u. 222).

Obwohl Nielsen-Man schildert, wie die taktischen Wendungen auf Moskauer Weisungen zurückgehen, schließt er mit der Behauptung, dass die Stellung der KPDä zur Demokratie auf nationale Entwicklungen und Erfahrungen beruht habe. Zumindest vom Sinn her kann man seiner Feststellung zustimmen, dass die Demokratiediskussion innerhalb der Partei „prinzipiell im Rahmen der Mitgliedschaft der Komintern (bis Mai 1943)“ (S. 249) sowie „in Loyalität und mit respektvoller Rücksichtnahme auf die Sowjetunion als das erste sozialistische Land“ geführt worden sei (ebd.). Schließlich gibt der Verfasser auch zu, dass sein empirischer Teil keine endgültige Antwort zum Demokratiepotezial der dänischen Kommunisten geben konnte (S. 282).

Insgesamt berücksichtigt Nielsen-Man die internationalen Zusammenhänge und die dazu vorliegende Forschung nur ungenügend. Die Fixierung auf die offiziellen dänischen Parteidokumente erschwert ihm den Blick auf die dänische Partei über den Kreis der leitenden Funktionäre hinaus, ja macht sie ihm eigentlich unmöglich. Denkbar wäre eine Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen der zentralen (von Moskau vorgegebenen bzw. absegneten) und der lokalen Parteiarbeit (Zentrum und Peripherie). Gab es in der Peripherie Raum für freie/demokratische Diskussionen in den Parteigruppen? Andeutungsweise kann man in der Darstel-

lung auch bei den dänischen Kommunisten Auseinandersetzungen zwischen Fundamentalisten und Realos erahnen, wie sie wohl in jeder Bewegung zu finden sind. Doch Rückschlüsse auf ein demokratisches Potenzial in der Führungselite, etwa bei Aksel Larsen oder Borge Houmann, lassen sich daraus kaum ziehen. Die Unterordnung unter Moskau blieb für sie typisch, zumindest bis zu Larsens Bruch mit der Partei (oder war es umgekehrt?) Ende der 1950er Jahre.

Die Frage steht, ob das mit einem umfangreichen Register sowie einigen wenigen Fotos versehene Buch eher politische Verteidigungsschrift oder wissenschaftliche Untersuchung sein will. Der Autor bemüht sich, seine Thesen mit historischen Fakten und Quellen zu untermauern. Seine eigene Archivarbeit beschränkt sich auf ausgewählte Bestände der KPDä in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung (*Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv*) in Kopenhagen. Die beeindruckende Literaturliste – ein Viertel des Buches machen Literatur, Anmerkungen und Register aus – kann nicht über Mängel hinwegtäuschen. Vielleicht kann man die Memoiren des langjährigen KPDä-Vorsitzenden Aksel Larsen verschmerzen, doch hätte vor allem ein stärker international ausgerichteter Blick der Arbeit mehr Substanz verliehen. Obwohl die Literaturliste eine Vielzahl von Studien zur KPDä einschließt, die auf Moskauer Akten fu-

ßen, schlägt sich dies nicht entsprechend nieder. Auch nehmen neuere internationale Forschungen zur Geschichte der Komintern einen bescheidenen Platz ein, für die Zeit nach 1943 bleibt die internationale Perspektive ebenfalls unterbelichtet. Dies spiegelt sich dann auch in der Darstellung wider, die die dänischen Verhältnisse oft überbetont.

Das Fragezeichen im Titel scheint demnach durchaus berechtigt. Und auch der Verfasser mag das so gesehen haben, wenn er schließt: „Das Buch kann geschlossen werden. Die Geschichte steht offen.“ (S. 289)

*Michael F. Scholz (Visby)*